

16. AUG. 1962

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

27. XVII. 1967

Bonn, den 16. August 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	Sondersitzung des Bundestages ? ----- Von Dr. Karl Mommer, MdB Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD Bundestagsfraktion	80
3 - 3a	Freiherr zu Guttenberg auf freier Atom-Wildbahn ----- Merkwürdiger CDU-Beitrag zur Verteidigungsdiskussion G. Markscheffel	80
4	Franz Josef Strauss rettet das "Weisse Haus" ----- "neue bildpost" weiß es ganz genau Von Wolfgang Koch	36
5 - 6	Entwicklungshilfe und kalter Krieg ----- Direktor des UK-Sonderfonds für Entwicklungsländer verweist auf Fehlerquellen Von unserem Korrespondenten in Genf, Bruno Kuster	33
6	Zusammenarbeit mit Afrika -----	10

Chefredakteur Günter Markscheffel

Sondersitzung des Bundestages ?

Von Dr. Karl Mommer, MdB

Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion

Die Vertreter aller Fraktionen im Fibag-Untersuchungsausschuß hatten sich darauf geeinigt, die Arbeit am 4. September wieder aufzunehmen und im Zeitraum von etwa einer Woche zu beenden. Anfang August wurde diese Vereinbarung von den Mitgliedern der CDU/CSU-Fraktion und der FDP-Fraktion im Ausschuss gebrochen und o h n e Zustimmung der Mitglieder der SPD-Fraktion wurde eine Sitzung für den 21. August angesetzt. Das war ein nicht übliches und wenig parlamentarisches Verfahren. Was war seit der Vereinbarung vom Juli geschehen? Warum die Vorverlegung?

Gereinigte Strauss-Weste für de Gaulle ?

Man könnte an den bayerischen Wahlkampf denken; aber als am 17. Juli die nächste Fibag-Sitzung für den 4. September angesetzt wurde, stand der bayerische Wahltag längst fest.

Von interessierter Seite wird listig ausgetreut, Minister Strauss müsse sich bis Ende September entscheiden, ob er nach München gehen oder in Bonn bleiben wolle. Auch das ergäbe noch keinen Anlass zur Vorverlegung der Sitzung, denn wenn man am 4. September mit der Untersuchung begonnen und sie in etwa einer Woche zu Ende geführt hätte, so hätte Strauss noch reichlich Zeit für einen Entschluß gehabt.

- * Es muß nach dem 17. Juli etwas Neues eingetreten sein, das die
- * Dispositionen der CDU/CSU und FDP verändert hat. Und in der
- * Tat: Als neues Element ist der Staatsbesuch des Generals de
- * Gaulle hinzugekommen. Offenbar wird also Wert darauf gelegt,
- * daß Minister Strauss dem französischen Staatschef mit gerei-
- * nigter Weste gegenübertritt.

Dieses Ziel ist aber nicht allein durch Ausschusssitzungen und die Vorlage eines Berichtes zu erreichen, von dem nicht klar ist, ob er vielleicht das Schicksal seines Vorgängers teilt. Dazu wäre vielmehr der Spruch des Bundestages selbst erforderlich, der noch vor dem 3. September zu fällen wäre. Von dieser Überlegung her erhalten alle Gerüchte, die von einer Sondersitzung des Bundestages wissen wollen, ihre Begründung und ihre Glaubwürdigkeit.

Sondersitzung aus wichtigem Anlaß

Als die SPD-Fraktion die Einsetzung des Untersuchungsausschusses beantragte, war ihr an einer s o h n e l l e n Durchführung des Verfahrens gelegen. Nie ist in ihren Beratungen der Gedanke aufgetaucht, das Verfahren zu dehnen, um an den bayerischen Wahlkampf heranzukommen. Es hat nicht an der SPD-Fraktion gelegen, wenn es nicht gelang, die Untersuchung vor der Sommerpause parlamentargerecht und ordnungsmässig

zu Ende zu führen. Wenn ein Minister, ganz besonders ein Verteidigungsminister, schwerwiegenden Vorwürfen ausgesetzt ist, ist es ein allgemeines demokratisches Interesse, die Berechtigung der Vorwürfe zu klären. Eile kann deswegen durchaus sachgerecht sein. Zu prüfen ist aber, von welchem Rang eine politische Frage sein müsse, um eine nicht vereinbarte Abweichung vom vereinbarten Arbeitsplan des Bundestages zu rechtfertigen. Die sitzungsfreie Sommerpause wurde wie in jedem Jahr im Ältestenrat unter den Fraktionen und in Anwesenheit des Vertreters der Bundesregierung ohne Widerspruch festgelegt. Sie hat ihren Sinn und dient übrigens nicht nur der auch sehr nötigen Erholung der Abgeordneten.

- * Im vergangenen Jahr hat man am 18. August die Sitzungspause
- * mit einer Sondersitzung des Bundestages unterbrochen. Der
- * Anlaß war ein katastrophales Ereignis für die Nation: Die
- * Errichtung der Mauer in Berlin. N i e zuvor in den 13
- * Jahren der Geschichte des Bundestages hat es eine andere
- * Sondersitzung gegeben. Soll jetzt die Fibag-Affäre Anlaß
- * zu einer Sondersitzung in diesem Jahr sein? Ist der Sinn
- * für politische Maßstäbe abhandeln gekommen?

Dringende Aufgaben

Gewiß, die Fibag-Affäre ist wichtig und eilbedürftig. Nach unserer Auffassung gibt es aber eine ganze Reihe von drängenden Problemen, die zumindest im gleichen Grade eilbedürftig sind. In der Fibag-Sache geht es um e i n e n Mann - Strauss - . Bei den Anträgen der SPD-Fraktion zur Zahlung einer Überbrückungszulage an Beamte des Bundes, zur Vorlage eines zweiten Neuordnungsgesetzes zur Kriegsofferversorgung und zur Verabschiedung eines Kindergeldverbesserungsgesetzes zugunsten der Familien mit Zweitkindern ging es um elementare Interessen von Millionen von Familien. Die Mehrheit des Bundestages hat es in der letzten Sitzungswoche im Juni a b g e l e h n t , diese Anträge noch v o r der Sommerpause zu behandeln. Es wäre auch sehr eilbedürftig, die 20-prozentige Sperrung der Mittel für den Strassenbau aufzuheben. Wenn man anfängt, wegen eiliger politischer Fragen Sondersitzungen des Bundestages zu verlangen, was nach Art. 39 GG auch die Minderheit tun kann - könnte ein Arbeitsplan des Parlaments nicht mehr aufgestellt werden.

Man sollte es bei der bisherigen Praxis belassen, die durch die Sinnlosigkeit der Sondersitzung des vorigen Jahres charakterisiert ist. Tut die CDU/CSU-Fraktion das nicht, dann können und wollen wir sie nicht an der Anberaumung einer Plenarsitzung hindern. Wir werden aber zur Tagesordnung einige andere, nach unserer Meinung a o c h eilbedürftigere Punkte beizutragen haben.

+ + +

Freiherr zu Guttenberg auf freier Atom-Wildbahn

G.M. - Der CSU-Abgeordnete Freiherr zu Guttenberg trägt sich schon seit Monaten mit dem Gedanken, die vor nunmehr fast zehn Jahren durch einen ablehnenden Beschluss der französischen Nationalversammlung zu Grabe getragene Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) wieder ins Leben zu rufen. Jetzt hat Herr zu Guttenberg diesen Gedanken zu Papier gebracht und fordert eine Atom-EVG, an der sich Frankreich, Grossbritannien und die Bundesrepublik beteiligen sollen.

Man könnte fast meinen, Herr zu Guttenberg wollte mit dieser Forderung eine Art Begrüssungsadresse aus Anlass des Besuchs des französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulle in der Bundesrepublik loswerden und deshalb zur Tagesordnung übergehen. Aber hinter dem Plan des eifrigen CSU-Abgeordneten steckt mehr.

Als Bundeskanzler Dr. Adenauer Anfang Juli dieses Jahres seinen Freund de Gaulle in Paris besuchte, war vorher sehr viel von den "speziellen militärischen Überlegungen" die Rede, die anlässlich dieses Treffens erörtert werden sollten. Zur allgemeinen Überraschung wurde in der offiziellen Abschlusskommunique der Besprechungen zwischen de Gaulle und Adenauer kaum ein militärpolitisches Wort gesagt, worauf sich natürlich alle interessierten Kreise fragten, warum man vorher soviel Wesens davon gemacht hatte. Das Geheimnis wurde bald gelüftet. Man konnte erfahren, dass wegen der Schwierigkeiten bei den Verhandlungen über den Beitritt Grossbritanniens zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft die Probleme einer kontinentalen Atomrüstung o h n e gleichzeitige Bildung einer p o l i t i s c h e n Union aus taktischen Erwägungen zurückgestellt werden mussten. Ausserdem war man sich in Paris völlig klar darüber, dass eine Forcierung der Diskussionen über die Schaffung einer eigenen europäischen Atomkraft das Verhältnis zwischen Paris und Bonn einerseits und Washington andererseits nicht gerade verbessern würde.

Nun hat natürlich ein Bundestagsabgeordneter das Recht, seine Auffassungen zu diesem oder jenem Problem öffentlich zu vertreten. Da wir aber wissen, dass der europäische Atombewaffnungs-Vorschlag des Herrn zu Guttenberg unter anderem auch mit Überlegungen ähnlicher Art im Verteidigungsministerium übereinstimmt, muss man ihn als Teil eines politischen Konzeptes einer nicht unwesentlichen Gruppe im Regierungslager betrachten.

Dadurch gewinnt der Vorschlag des Freiherrn zu Gattenberg an Bedeutung. Was seinem Parteivorsitzenden, dem Bundesverteidigungsminister Dr. h.c. Franz Josef Strauss, und dem CDU-Abgeordneten Kliesing am Herzen liegt, was zuerst vor diesen beiden Herren auch offen ausgesprochen, dann aber von Herrn Strauss wieder revidiert werden musste, bringt nun Herr zu Gattenberg auf einem anderen Wege wieder auf die Bühne. Herr zu Gattenberg verwahrt sich zwar gegen den zu erwartenden Vorwurf, er wolle Europa als "Dritte Kraft" auf dem Gebiet der atomaren Bewaffnung sehen, kann aber kaum verhindern, dass seine Vorstellungen im Effekt genau das sind, was er selbst angeblich nicht wahrhaben möchte.

Die Frage, ob und - wenn ja - wann die "Europäische Atomkraft" eine Notwendigkeit sei, sollte unseres Erachtens erst eine Rolle spielen können, wenn die absolute Gewissheit besteht, dass Europa im weitesten Sinne des Wortes auch zu einer politischen Union herangereift ist. Kommt die politische Union Europas mit Beteiligung Grossbritanniens nicht zustande, dann würden alle Pläne zur europäischen Atombewaffnung nur auf der Basis der bilateralen Zusammenarbeit zwischen Paris und Bonn verwirklicht werden können. Dann müsste, zwangsläufig, die jetzt schon im Rahmen der NATO geführte Diskussion über die "richtige Verteidigungs-Konzeption" erweitert werden. Es gehört nicht viel Phantasie dazu, an sich vorzustellen, wie schwierig es dann sein wird, eine gemeinsame westliche Verteidigung zu organisieren.

Wir glauben annehmen zu dürfen, dass dem Freiherrn zu Gattenberg derartige Befürchtungen und Überlegungen genau so geläufig sind wie uns. Anfolgedessen stellt sich die Frage, warum sich der CDU-Abgeordnete über sie hinwegsetzt und in freier Wildbahn eine Diskussion von Zaune bricht, die gerade erst vor einigen Tagen notdürftig zwischen Washington und Bonn gebremst werden konnte.

Auf diese Frage eine Antwort zu erhalten, sollte - neben einigen anderen Dingen, die während der Parlamentsferien eine Rolle gespielt haben - das Anliegen der zuständigen Ausschüsse des Bundestages sein.

+ + +

Franz Josef Strauss rettet das "Weisse Haus"

Von Wolfgang Koch

Welche Meinung soll sich der oft zitierte "Kleine Mann auf der Strasse" machen, wenn die Verwirrung bei Bundesministern ihren Niederschlag nun auch in der CDU/CSU und ihren Publikationsorganen findet.

Die schon mit so vielen Prozessen behaftete und treuer als Regierungstreue "neue bildpost" bringt am 19. August auf ihrer ersten Seite folgende Sätze:

- * "Allem Anschein nach ist es Franz Josef Strauss..... be-
- * reits zu einem Teil gelungen, die bisherige NATO-Konzep-
- * tion in entscheidender Stunde aus dem tödlichen Experi-
- * ment des Weissen Hauses und des schlecht beratenen Prä-
- * sidenten Kennedy zu retten..... Die Gefahr kann aber end-
- * gültig nur dann abgewiesen werden, wenn der amerikanische
- * Präsident umgehend seinen verhängnisvollen politischen
- * und militärischen Fehler eindeutig berichtigt....."

Wohl uns und dem amerikanischen Präsidenten, daß in Bonn ein Franz Josef Strauss lebt. Der hat schon vor Jahren "Keine Experimente" gerufen. Und jetzt bewahrt er - laut "neue bildpost" - John F. Kennedy gerade noch vor einem "tödlichen". Wer so schreibt, wie es die "neue bildpost" tut, und sei es nur zur innerdeutschen Aufwertung des F.J. Strauss, der zerschlägt bei unseren Freunden in der Welt noch mehr Porzellan, als es Strauss bisher vermochte.

Die "neue bildpost" zitiert oft wörtlich den DUD. Und da dieser es als offizieller Pressedienst der CDU genau wissen müßte, so lesen wir dort, daß im Gegenteil zwischen den USA und Herrn Strauss alles zum Besten stünde. Der DUD schreibt dieser Tage, am 14. August, die angebliche Kontroverse zwischen Washington und Bonn sei nur von der SPD erdichtet, "lächerlich und von der Unglaubwürdigkeit der SPD zeugend".

Was soll nun geschehen? Wird Präsident Kennedy "umgehend seinen verhängnisvollen politischen und militärischen Fehler eindeutig berichtigen"?

Wir wiederholen: Wenn Herr Strauss es für notwendig hält, die Verteidigungskonzeption des Weissen Hauses oder des Pentagon zu analysieren und zu kritisieren, dann soll er es gefälligst nicht auf offenem Markte tun, sondern dort, wo es einzig und allein angebracht ist, im NATO-Rat!

Seine Federwetter im eigenen Hause und in der "neue bildpost" möge er pressen.

+ + +

Entwicklungshilfe und kalter Krieg

Von unserem Korrespondenten in Genf, Bruno Kuster

Die Entwicklungsförderung darf nicht als eine Waffe im kalten Krieg aufgefaßt werden, fordert Paul G. Hoffmann, ehemaliger Verwalter des Marshall-Planes und heute Direktor des UN-Sonderfonds. In seinem Vortrag, den er an der vom World Council on Tensions in Oxford veranstalteten Konferenz hielt (erschienen im Sammelband "Restless Nations, A Study of World Tensions", Vorwort von Lester B. Pearson, herausgegeben bei Dodd, Mead & Company, New York) verlangt Hoffman, daß die Auslandshilfe im Haushalt aller Staaten den gleich wichtigen Platz einnehmen sollte wie die Verteidigungsausgaben.

Wir sollten begreifen, meint Hoffman, daß wir mit den über hundert Milliarden Dollar jährlicher Rüstungsausgaben "nur Zeit kaufen". "Und ein Teil - ich glaube, der größere Teil - der Sicherheit eines Landes hängt davon ab, wie diese Zeit genützt wird." Die beste Auswertung des erkauften Zeitgewinns besteht in der Hilfe an die unterentwickelten Länder, und Hoffman fügt gleich bei, daß es sich dabei nicht um eine bloße oratorische Übung handelt, sondern um den Ausdruck seiner tiefsten Überzeugung. Jedoch wäre es völlig falsch, die Entwicklungsförderung als Werkzeug der politischen oder militärischen Strategie aufzufassen, wie das auch heute noch häufig der Fall ist. Die Auslandshilfe "sollte nicht als eine Waffe im kalten Krieg aufgefaßt werden. Sie sollte nicht als Mittel betrachtet werden, sich handelspolitische Vorteile zu sichern."

Diese Dinge müßten immer wieder betont werden, weil es auch heute noch Regierungen gibt, die glauben, sich mit ihrer Hilfeleistung Freunde gewinnen und Leute in ihrem Sinne beeinflussen zu können. "Sie haben aus der Geschichte nichts gelernt." Und sie haben aus der Erfahrung nicht gelernt, daß vom Standpunkt ihrer Wirksamkeit aus die Auslandshilfe auf ein einziges Ziel hin ausgerichtet werden sollte: "den Ländern helfen, ihre Entwicklung zu beschleunigen."

Dem Praktiker und klugen Rechner Hoffmann kann sicher nicht vorgeworfen werden, idealistischen Hirngespinnster verhaftet zu sein. Er stützt sich auf beweiskräftige Erfahrungen, wenn er auf die politi-

schen Schwierigkeiten der zweiseitigen Entwicklungshilfe aufmerksam macht. "Geld, das in untaugliche Projekte gesteckt wird, bedeutet nicht nur, daß es vergeudet wurde; es bedeutet auch, daß wirklich wertvolle Projekte vernachlässigt wurden."

Demgegenüber verfügen die Vereinten Nationen mit ihrem ausgebauten System des multilateralen Beistandes über den großen Vorteil, daß sie keinerlei nationale Ziele politischer, militärischer oder kommerzieller Art verfolgen. Die Entwicklungsländer ziehen deshalb diesen multilateralen Beistand, der sich zudem auf erprobte Erfahrung stützen kann, den nationalen Hilfsangeboten vor.

Mit Entschiedenheit wendet sich Hoffman gegen doktrinaire Diskussionen über "linke" und "rechte" Tendenzen. "Ein Land, das seine Unabhängigkeit errungen hat, sollte nicht nach links und nicht nach rechts, vor allem aber nicht rückwärts blicken, sondern v o r w ä r t s, denn es gibt so viel zu tun. Wir haben keine Zeit, unsere Energien damit zu vergeuden, daß wir rückwärts blicken und alte Streitigkeiten ausfechten."

Eine beherzigenswerte Lektion! Es ist nur schade, daß auf Männer wie Hoffman, die auf dem Gebiet der Entwicklungsförderung nicht nur über eingebilddete, sondern wirkliche und bewährte Erfahrungen verfügen, nicht bereitwilliger gehört wird. Man könnte sich viel Geld und Enttäuschungen sparen.

- + +

Zusammenarbeit mit Afrika

"Ausländische Partner müssen sich völlig darüber im klaren sein, daß die afrikanischen Länder nicht bereit sind, als Gegenleistung für materielle Hilfe ihre neu erworbene Unabhängigkeit in irgendeiner Weise zu opfern oder zu kompromittieren. Das Empfängerland wird bereit sein, wirtschaftliche Vorteile dem ausländischen Partner zu gewähren durch Garantien, Vereinbarungen und Handelsverträge. Aber es wird niemals daran denken, dafür seine Politik dem anderen Land anzugleichen. Jede politische Einmischung in die Souveränität eines afrikanischen Landes wird einmütigen Protest hervorrufen und die Zusammenarbeit hindern oder sie gar unmöglich machen."

Andre' Guillaibert

Botschafter von Senegal in Frankreich

+ + +